

Gemeinde Leopoldshöhe

Der Bürgermeister

B E S C H L U S S

der 25. Sitzung des Rates (Wahlperiode 2020/2025)

am 20.03.2025:

8. Leopoldshöhe lehnt Bezahlkarte für Geflüchtete ab und beschließt die Nutzung der Opt-Out-Regelung - Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 12.02.2025 -

Bürgermeister Prof. Dr.-Ing. Hoffmann informiert über die Vorberatung der DS-Nr. 19/2025 im Haupt- und Finanzausschuss am 13.03.2025. Er verweist auf einen modifizierten Beschlussvorschlag des Antrages, wonach Ziffer 2 entfallen solle und Ziffer 1 dahingehend geändert werden solle, in Satz 1 die Worte „keine Notwendigkeit“ durch die Formulierung „aktuell kein Erfordernis“ zu ersetzen.

Frau Bode nimmt auf diese Änderungen Bezug und erläutert die Positionierung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, wonach man nach wie vor der Meinung sei, dass es sich bei der Bezahlkarte um eine reine Symbolpolitik handle und Zuwanderung nicht über solche Karten geregelt werden könne. Darüber hinaus sei man der Auffassung, dass der Verwaltungsaufwand in einem Jahr deutlich höher sei, sofern dann mit diesem System gearbeitet werden solle. Sie schlägt daher vor, die ursprüngliche Fassung des Antrags beizubehalten.

Herr Meckelmann erklärt für die CDU-Fraktion, es werde an der modifizierten Formulierung festgehalten. Grundsätzlich werde die Einführung für sinnvoll erachtet, allerdings seien auch die im Rahmen der Vorberatung vorgetragenen Aspekte der Verwaltung nachvollziehbar, die eine Einführung/Ausführung der Bezahlkarte erschweren würden. Aus diesen Gründen sei eine erneute Beratung, wie im Ausschuss für Generationen, Soziales, Gleichstellung und Sport am 05.03.2025 besprochen, zielführend.

Herr Jahn trägt für die SPD-Fraktion vor, es werde aktuell kein Erfordernis für die Einführung gesehen. Insofern sollte an der geänderten Beschlussformulierung festgehalten werden.

Auf Bitte von Herrn Hachmeister erfolgt sodann eine Sitzungsunterbrechung von 18:54 Uhr bis 18:50 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Herr Hachmeister, zwar halte man den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in seiner ursprünglichen Formulierung für weitergehend und lehne die Bezahlkarte grundsätzlich ab. Aufgrund fehlender Mehrheiten werde man aber der modifizierten Fassung zustimmen.

Herr Graf von der Schulenburg führt für die FDP-Fraktion aus, grundsätzlich teile man die Meinung der CDU-Fraktion. Man verstehe aber auch die vorgetragenen Vorbehalte und Problematiken der Verwaltung. Aus diesen Gründen stimme man der modifizierten Fassung des Beschlussvorschlages zu.

Herr Sven Meier zu Evenhausen erklärt für die PUB-Fraktion, man unterstütze die Meinung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und lehne den Beschlussvorschlag daher ab.

Bürgermeister Prof. Dr.-Ing. Hoffmann lässt sodann über den geänderten Beschlussvorschlag in der unten aufgeführten Fassung (Änderungen durchgestrichen bzw. kursiv und unterstrichen) mit nachstehendem Ergebnis abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat von Leopoldshöhe sieht ~~keine Notwendigkeit~~ aktuell kein Erfordernis für die Einführung einer sogenannten „Bezahlkarte“ für Geflüchtete im Zuständigkeitsbereich der Kommune.**

Daher beabsichtigt der Rat von Leopoldshöhe die Nutzung der Opt-Out-Regelung, die im Entwurf der Landesregierung zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes NRW vorgesehen ist. Die Verwaltung wird beauftragt, alle dafür notwendigen Schritte vorzunehmen und weitere Beschlüsse, sofern erforderlich, vorzubereiten.

- ~~**2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass auch in Leopoldshöhe ggf. einige Geflüchtete, die keinen Anspruch oder faktischen Zugang zu einem Bankkonto haben, die geplante landesweit gültige Bezahlkarte erhalten werden. Der Rat fordert von der Landesregierung, dass eine solche Bezahlkarte die Nutzer*innen nicht diskriminiert.**~~

**Beratungsergebnis: - mehrheitlich beschlossen: 31 Ja-Stimme(n), 2 Nein-Stimme(n),
0 Enthaltung(en) -**